Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

№ 209. | Erscheint jeden Wochentag Abends 1/2 7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf. | Donnerstag, den 10. September. | Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. | 1885.

Der Normalarbeitstag und die Ueberstunden.

Bekanntlich verhält sich der deutsche Reichskanzler zu der Frage des Normalarbeitstages durchaus ablehnend, während er die Lösung der Frage der Sonntagsruhe für noch nicht spruchreif erklärte und von genaueren Erhebungen abhängig machte, die bereits im Gange sind. Die deutschen Sozialreformen haben bis jetzt eine Richtung verfolgt, welche der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Rodbertus, ziemlich klar vorgezeichnet hat. Um so interessanter ist es, daß ein Wiener Schriftsteller kürzlich zwei fast vergessene Abhandlungen entdeckt hat, in welchen der berühmte Nationalökonom seine Ansichten über den Normalarbeitstag niedergelegt hat, welcher das A und das O der Sozialdemokraten bildet. Rodbertus hält das Prinzip der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter aus rechtlichen und wissenschaftlichen Gründen für unzulässig, läßt dasselbe aber für Frauen und Kinder aus Gründen der Gesundheitspolizei sowie aus erziehlichen Gründen durchaus gelten. Es ist bezeichnend, daß derjenige Nationalökonom, der bei anderen Angelegenheiten dem Staate gegenüber dem Einzelnen die weitesten Befugnisse einräumte. dem Staate das Recht bestritt, dem freien Manne darüber Vorschriften zu machen, wie viele Stunden er arbeiten dürfe. Er bezweifelte aber auch den Nutzen, den sich so viele Arbeiter von dieser Errungenschaft versprechen, war vielmehr der Ansicht, daß die pekuniäre Lage der Arbeiter durch die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit verschlechtert statt verbessert werde. Jedenfalls sei, wie sich Rodbertus ausdrückt, der Normalarbeitstag trotz des Rumors, der darob gemacht werde, „keine einzige Stunde Streik werth".

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die von diesem Schriftsteller von der Einführung des Normalarbeitstages gefürchtete Lohnherabsetzung sich thatsächlich einstellen würde, wenn auch nicht wegen des von ihm angeführten sogenannten „Lohngesetzes", sondern einfach deshalb, weil es in schlechten Geschäftsjahren, wo sich Handel und Industrie kaum über Wasser halten, die Arbeitgeber nicht aushalten können, für die geringere Tagesleistung den alten Lohn zu gewähren. Gerade jetzt, wo der Normalarbeitstag mit dem geplanten Verbote der Sonntagsarbeit in eine enge Verbindung gebracht wird und rein wirthschaftliche Fragen so häufig mit religiösen Dingen verquickt werden, ist es von Bedeutung, daß der von dem Fürsten Bismarck am meisten anerkannte Nationalökonom von der moralischen und sittlichen Seite des Normalarbeitstages gar nichts wissen will. Rodbertus bezweifelt durchaus, daß die dem Arbeiter geschenkte größere freie Zeit zur Hebung seines geistigen und moralischen Niveaus Verwendung finden würde.

Wenn sich nun auch der Normalarbeitstag als ein zu starker Eingriff in die persönliche Freiheit und als ein wirthschaftlicher Nachtheil charakterisirt, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Vorliebe vieler Geschäfte mit Ueberstunden zu arbeiten verwerflich ist. Darauf sollten die Fabrikanten ohne jeglichen Zwang verzichten und im Bedarfsfalle lieber mehr Arbeiter einstellen. Der Wegfall der Ueberstunden würde die Beschäftigung vieler Arbeiter ermöglichen, die jetzt brotlos umherirren und als Vagabunden dem Trunk und dem Bettel verfallen. Man wendet dagegen ein, daß die neuen Arbeiter nicht eingerichtet seien und doch bald wieder entlassen werden müßten. In den meisten Fällen genügen aber wenige Tage, um die neuen Aushilfe-Arbeiter einzurichten und bei Akkord-Arbeiten trifft den Geschäftsinhaber auch kein Nachtheil. Wenn aber arbeitslose Menschen einige Wochen derart beschäftigt und vor der Nothwendigkeit, zu betteln, bewahrt werden, ist dies ein volkswirthschaftlicher Vortheil, den man nicht unterschätzen darf.

Der Fabrikant übt dadurch nicht nur ein Werk der Humanität, sondern schützt auch seine ständigen Arbeiter vor der Ueberanstrengung und den damit verbundenen Nachtheilen. Es ist nämlich eine alte Erfahrung, daß die Arbeiter bei außerordentlichen Anstrengungen, die größeren Verdienst zur Folge haben, sich auch besondere Vergnügungen gönnen und das durch Ueberstunden verdiente Geld verjubeln, während dasselbe genügen würde, brotlose Arbeiter aus der bittersten Noth zu befreien. Jeder Fabrikant, der an einem tüchtigen und nüchternen Arbeiterstande Freude hat, sollte Ueberstunden und nächtliche Arbeit abschaffen und lieber seine Leute an ein geregeltes Leben gewöhnen. Mancher Unfall, manche Feuersbrunst ist schon durch nächtliches Arbeiten verschuldet worden, weil die ermatteten, übermüdeten Arbeiter zuweilen ihr Werk nur noch mit halboffenen Augen verrichten.

Schon im Jahre 1868 ergab eine Enquête in der Schweiz die ungünstigsten Urtheile über die Nachtarbeit und Ueberstunden. In der Schrift: „Untersuchung und Bericht über die Lage der Fabrikarbeiter, erstattet an die gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zürich auf Grund der Verhandlungen einer von der Züricher kantonalen gemeinnützigen Gesellschaft niedergesetzten Kommission" heißt es u. A.: „Die in der Kommission anwesenden Industriellen bemerkten, daß sich das System der Ueberstunden wenig bewähre und man die Erfahrung mache, daß die Leute zuweilen am Tage absichtlich schlechter und langsamer arbeiten, um Ueberstunden zu haben; sie führten ferner an, daß man auch von der Nachtarbeit allgemein zurückkomme, weil dabei nichts herauskomme . . . Man nehme natürlich lieber frische, von der Nachtruhe gestärkte Arbeiter, welche besser vorwärts kommen, weder am Stoff noch an den Maschinen etwas verderben und bessere Waaren liefern. Auch seien Heizungs- und Beleuchtungskosten in Anschlag zu bringen." Die deutschen Berufsgenossenschaften zum Zweck der Unfallverhütung werden voraussichtlich gegen Ueberstunden und Nachtarbeiten aus guten Gründen protestiren. Die Fabrikanten sollten im eigenen Interesse und auch ohne äußeren Druck auf übermäßige Anforderungen an die menschliche Arbeitskraft freiwillig verzichten, aus eigener Initiative jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit unnöthig machen und dadurch die Vertheidiger der Forderung des Normalarbeitstages vollständig entwaffnen.

Tagesschau.

Freiberg, den 9. September.

Allerwärts hat die entgegenkommende und friedensfreundliche Haltung, welche die **deutsche** Reichsregierung dem Kabinet von Madrid gegenüber bewahrte, den besten Eindruck gemacht. Die Erklärung der deutschen Regierung, daß die faktische Besitzergreifung der Insel Yap die Rechtsfrage nicht präjudizire, dürfte jedoch die Grenze des Entgegenkommens bezeichnen. Die neueste offiziöse Kundgebung hat folgenden Wortlaut: „Der Mangel an Besonnenheit, mit dem seitens der spanischen Presse und Bevölkerung die Thatsache der Landung des „Iltis" (also nicht der „Hyäne", wie von den meisten Blättern gemeldet worden) auf der Insel Yap aufgefaßt worden ist, hat bei uns, wo man gewohnt ist, den Weg diplomatischer Verhandlungen bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungen nicht zu verlassen, wesentlich überrascht. Das Kanonenboot hatte den Auftrag, welchen es jetzt ausgeführt hat, schon vor mehreren Wochen erhalten. Niemand konnte damals erwarten, daß eine Thatsache, wie sie bei den neuerlichen kolonialen Ausgleichungen wiederholt vorgekommen ist, die spanische öffentliche Meinung um ihre ganze Ueberlegung bringen würde. In Beziehungen mit anderen Nationen wäre ein solches Vorkommniß undenkbar. Selbst wenn die deutsche Regierung die unberechtigte Erregbarkeit der spanischen Nation aber hätte in Anrechnung bringen und auf den Karolinen res integra für spätere Verhandlungen offen halten wollen, so wäre es wegen Mangels an jeder Verbindung nicht mehr möglich gewesen, den „Iltis" noch zu erreichen. Das Kanonenboot hat seiner Zeit die Ordre erhalten, nach erfolgter Besitzergreifung Manila anzulaufen und mittels des spanischen Telegraphendrahts das Veranlaßte zu melden. Auch hieraus ist ersichtlich, daß man bei uns nicht im Entferntesten geglaubt hat, in Spanien einer Aufnahme unserer Mittheilung über die Flaggenhissung zu begegnen, wie sie jetzt dort Platz gegriffen hat." Die allgemeine Stimmung in Deutschland geht aber jetzt entschieden dahin, daß die Nachgiebigkeit gegen die spanische Dynastie nur bis zu dem schon erfolgten Angebot der schiedsrichterlichen Entscheidung gehen könne. Lehnt Spanien diese ab, wie es bis jetzt noch den Anschein hat, dann muß es auch die Folgen tragen, die bei der Unmöglichkeit des Landkampfes und der notorischen Schwäche der spanischen Flotte sehr schwere sein könnten. Wie die „Magdeburger Zeitung" ausführt, sind die Spanier nicht nur an ihrer Küste in Europa, sondern an verschiedenen Punkten des Weltmeeres, vor allen Dingen im Philippinenarchipel, sehr faßbar, während sie auf Bundesgenossen sich bei ruhiger Ueberlegung selber keine Rechnung machen werden. Der Krieg bringt auch das Recht der Eroberung mit sich. Sehr ernst wäre es, wenn sich eine der „Köln. Ztg." zugegangene Nachricht bestätigte, die deshalb bis jetzt auf Mißtrauen stößt, weil sie über Paris eingetroffen ist. Dort wurde behauptet, der deutsche Konsul von Saragossa sei ermordet worden. Bis jetzt fehlt noch jede Bestätigung dieser sensationellen Meldung. Daß in Saragossa und Valencia die Wogen der Leidenschaft ganz besonders hochgehen, ist daraus ersichtlich, daß die dortigen Stadthäupter dem Beispiele des Generals Salamanca nachahmten und die preußischen Orden zurückschickten, während Pöbelhorden deutsch-feindliche Kundgebungen veranstalteten und allerhand lärmenden Straßenunfug trieben.

Unser Kaiser begab sich gestern früh mit den königlichen Prinzen mittelst Extrazuges auf der Stettiner Bahn nach dem Manöverterrain des Gardekorps bei Buch, kehrte aber schon Nachmittags wieder nach Berlin zurück. — Die deutsche Kaiserin ist vorgestern Abend in Baden-Baden eingetroffen, woselbst gestern ein offizielles Diner stattfand. — Auf der Durchreise nach Karlsruhe wurde die Kronprinzessin von Schweden vorgestern Abend in Berlin vom deutschen Kronprinzen, dem Prinzen Heinrich von Preußen und der Erbprinzessin von Meiningen begrüßt. — Zum Empfang des Kaisers trifft man in Karlsruhe bereits umfassende Vorkehrungen. Am nächsten Donnerstag erfolgt der Einzug in die beflaggte Stadt unter Kanonensalven und Glockengeläute. Die Bürger, Feuerwehr, Militärvereine, Schützen und Schüler bilden Spalier; die Begrüßung des Kaisers erfolgt durch den Bürgerausschuß. Während der folgenden Tage finden die Manöver des 14. Armeekorps statt. Sonntag Nachmittag erfolgt der Vorbeimarsch der Schüler vor dem Großherzoglichen Schloß unter Vorantritt der Schülerkapelle; später bringen die vereinigten Männergesangvereine dem Kaiser ein Ständchen.

Das von der Stadt Berlin den Mitgliedern der Internationalen Telegraphen-Konferenz gegebene Fest im Rathhause ist großartig verlaufen. Mit den silbernen und goldenen Ketten geschmückt, empfingen die Väter der Reichshauptstadt ihre Gäste, denen sich auch die diplomatischen Vertreter und Repräsentanten der preußischen Regierung zugesellt hatten. Die Minister v. Puttkamer, Maybach, v. Goßler und Friedberg, der Staatssekretär v. Stephan und mit ihnen ein ganzes Heer fremder Diplomaten bewegten sich in dem Festsaal des Rathhauses. Die Mitglieder der Telegraphen-Konferenz waren fast vollzählig erschienen; sie zeigten sich überrascht von der würdevollen Pracht, welche sich ihnen darbot. Der Bürgermeister Duncker begrüßte die Gäste in deutscher Sprache. Man gruppirte sich dabei zwanglos um die Rednertribüne vor der Bühne und von den Galerien herab lauschten die Damen der Stadtväter. Unmittelbar darauf antwortete der Vertreter Italiens, Herr D'Amigo, und pries in französischer Sprache in seinem Danke Berlin, das würdig sei, an der Spitze eines so herrlichen Reiches wie Deutschland zu marschiren. Er schilderte, wie gern man dort gewesen, wie ungern man scheide und er forderte damit eine Replik des Stadtverordnetenvorsteher Dr. Straßmann heraus. Es folgte ein geistreiches Festspiel, das von Wildenbruch in aller Eile gedichtet hatte.

Die preußische Regierung soll sich mit der Absicht tragen, die Zahl der Lotterieloose, die jetzt 95 000 beträgt, auf rund 200 000 zu erhöhen, wovon die erforderliche Zahl, vielleicht einige dreißigtausend, für sogenannte Freiloose in Abzug kommen würde. Die Zahl der Gewinne soll sich entsprechend erhöhen und ihre Beträge würden dem bestehenden Münz- (Mark-) System angepaßt werden. — Bei der am 7. d. M. in Neu-Strelitz stattgefundenen Hoftafel, an welcher 350 Personen der verschiedensten Stände theilnahmen, brachte der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin den Toast auf den fürstlichen Jubilar, den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz aus, der mit herzlichen Dankesworten erwiederte. Abends fand ein Fackelzug, eine Illumination der Stadt und ein großes Feuerwerk statt. Alles verlief glänzend. Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin sind inzwischen wieder nach Schwerin zurückgekehrt.

Nachträglich verlautet, daß der **österreichische** Kronprinz am vorigen Sonnabend einer ernsten Gefahr glücklich entgangen ist, da sein Wagen, in welchem er von dem Manöver in Tulln nach Laxenburg zurückfuhr, von den scheugewordenen Pferden umgeworfen wurde. Der Kronprinz, welcher in den Graben fiel, kam mit einigen Hautabschürfungen davon. — Unter dem Vorsitze des Kaisers hat Montag Nachmittag in der Hofburg ein mehrstündiger Ministerrath stattgefunden, welchem die sämmtlichen in Wien anwesenden österreichischen Minister beiwohnten. Das Resultat der Berathungen war wohl das seitdem erschienene kaiserliche Patent, durch welches der österreichische Reichsrath auf den 22. d. M. einberufen wird. — Der Versuch, das Radfahren für militärische Zwecke zu verwenden, hat sich bei den letzten österreichischen Manövern bewährt. Vier Offiziere und vier Unteroffiziere brachten, auf ihren Bicyklen fahrend, die Befehle des Höchstkommandirenden an die verschiedenen Generalstäbe. Die Radfahrer sollen sich als schneller und ausdauernder als berittene Ordonnanzen er-